

1. ZEICHENERKLÄRUNG

1.1 Für die Festsetzungen

- Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes (§ 9 Abs. 7 BauGB)
- Öffentl. Straßenverkehrsflächen mit Breiteder Fahrbahn und Gehwege (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)
- Öffentl. Straßenverkehrsflächen, die als Pflasterflächen vorgesehen sind
- Straßenbegrenzungslinie
- B a u g r e n z e
- WA — Allgemeines Wohngebiet (§ 4 BauNVO)
- O — Offene Bauweise
- I/II — max. Bauweise (Hangbauweise)
- SD — S a t t e l d a c h
- D 35°-45° — D a c h n e i g u n g
- o4 — Grundflächenzahl; o6 — Geschoßflächenzahl
- Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung
- Fläche für den Gemeinbedarf/Sozialen Zwecken dienenden Gebäude (Kindergarten) (§ 9 Abs.1 Nr.5 BauGB)
- Öffentliche Grünfläche - Ortsrandeingrünung - Bepflanzung sh. Grünordnungsplan (§ 9 Abs 1 Nr 15 BauGB)
- Öffentliche Grünfläche (Friedhof) (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB)
- Private Grünfläche (Obstgarten) (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB)
- Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (§ 9 Abs.1 Nr. 20 BauGB) (öffentliche Fläche)
- Best. Schotterweg (öffentlich)
- Gepl. Schotterweg (öffentlich)
- Privater Anliegerweg

1.2 Für die Hinweise

- Im Zuge des Straßenbaus, Hauserwerb durch die Gemeinde, abzubrechende Gebäude
- aufzuhebende Baugrenze
- Geländeschnitt mit Punktnummern
- 1.2.3 — Änderungsnummern
- Besteh. Grundstücksgrenzen
- Vorh. Wohngebäude
- 118o — Flurstücksnummern
- Vorh. Nebengebäude
- Höhenschichtlinien
- vorgeschlagene Teilung der Grundstücke

1.2.1 Nordwestlich des Baugebiets, in einer Entfernung von ca. 40m befindet sich der Trainingsplatz des Sportvereins.

1.2.2 Auf evtl. Staubbelästigung aus dem südlich des Friedhofs bestehenden Schotterweg (Hohlweg) wird hingewiesen.

1.2.3 Den Bauwilligen werden vor Baubeginn Schürfgruben zur Erkundung des Grundwassers empfohlen, damit beim Auffinden von Grundwasser bzw. Hangwasseraustritten entsprechende Maßnahmen getroffen werden können.

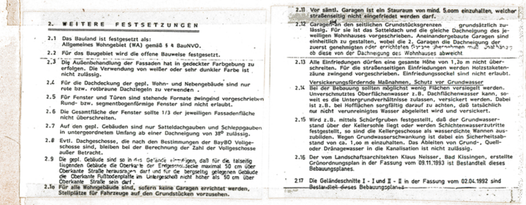
1.2.4 Die Bauwerber müssen sich durch geeignete und zulässige Schutzvorkehrungen gegen den Oberflächenwasserabfluß und Hangdruckwasser selbst schützen.

1.3 Für die nachrichtlichen Übernahmen

1.3.1 Wer Bodendenkmäler auffindet ist verpflichtet dies unverzüglich der Unteren Denkmalschutzbehörde beim Landratsamt Schweinfurt oder dem Bayer. Landesamt für Denkmalpflege anzuzeigen (Art. 8 Denkmalschutzgesetz).

2 WEITERE FESTSETZUNGEN

Soweit der vorliegende Änderungsplan keine gegensätzlichen Festsetzungen trifft, gelten weiterhin die Festsetzungen des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes "Südlich des Friedhofes" in der Fassung vom 07.02.1995.



2. WEITERE FESTSETZUNGEN

2.1 Das Baugebiet ist festgesetzt als: Allgemeines Wohngebiet (WA) gemäß § 4 BauNVO.

2.2 Für das Baugebiet wird die offene Bauweise festgesetzt.

2.3 Die Außenbehandlung der Fassaden hat in gedeckter Farbgebung zu erfolgen. Die Verwendung von weißer oder sehr dunkler Farbe ist nicht zulässig.

2.4 Für die Dacheckung der gepl. Wohn- und Nebengebäude sind nur rote bzw. rotbraune Dachziegeln zu verwenden.

2.5 Für Fenster und Türen sind stehende Formate (einzelne vorgeschriebenen Rund- bzw. segmentbogenförmige Fenster sind nicht erlaubt).

2.6 Die Gesamtfläche der Fenster sollte 1/3 der jeweiligen Fassadenfläche nicht überschreiten.

2.7 Auf den gepl. Gebäuden sind nur Satteldachgauben und Schleppgauben in untergeordnetem Umfang als einer Dachneigung von 30° zulässig.

2.8 Evtl. Dachgeschosse, die nach den Bestimmungen der BayBO Vollgeschosse sind, bleiben bei der Berechnung der Zahl der Vollgeschosse außer Betracht.

2.9 Die Kellergeschosse sind so hoch zu legen, daß für die talseitig liegenden Gebäude die Oberkante der Erdgeschoßdecke maximal 50 cm über Oberkante Straße herausragen darf und für die bergseitig gelegenen Gebäude die Oberkante Fußbodenplatte im Urkarograph nicht höher als 50 cm über Oberkante Straße sein darf.

2.10 Für alle Wohngebäude sind, sofern keine Garagen errichtet werden, Stellplätze für Fahrzeuge auf den Grundstücken vorzusehen.

2.11 Vor ständ. Garagen ist ein Stauraum von mind. 5,oom einzuhalten, welcher straßenseitig nicht eingefriedet werden darf.

2.12 Garagen als seitlichen Grundstücksgrenzen grundsätzlich zulässig. Für sie ist das Satteldach und die gleiche Dacheindeckung des jeweiligen Wohnhauses vorgeschrieben. Anemandergebaute Garagen sind einheitlich zu gestalten, wobei die 2. Garagen die Dacheindeckung der Nachbargarage übernehmen müssen. Flachdächer (Pult- Zeltdächer) in diese von der Dacheindeckung des Wohnhauses abweicht.

2.13 Alle Einfriedungen dürfen an der gesamte Höhe von 1,2o m nicht überschreiten. Für die straßenseitigen Einfriedungen werden Holzlattenzäune bevorzugt vorgeschrieben. Einfriedungsmauerwerk sind nicht erlaubt.

2.14 Versickerungsmöglichkeiten sollen nach Möglichkeit genutzt werden. Unverschmutztes Oberflächenwasser z.B. Dachflächenwasser kann, soweit es die Untergrundverhältnisse zulassen, versickert werden. Dabei ist z.B. bei Hofflächen sorgfältig darauf zu achten, daß tatsächlich nur nicht verunreinigtes Wasser abgeleitet wird und versickert.

2.15 Wird z.B. mittels Schürfgruben festgestellt, daß der Grundwasserstand über der Kellersohle liegt oder werden Schichtenwasseraustritte festgestellt, so ist eine Grundwasserabsenkung während der Bauzeit zulässig. Wegen Grundwasserabsenkung ist dabei ein Sicherheitsabstand von ca. 1,oo m einzuhalten. Das Ableiten von Grund-, Quell- oder Drängewasser in die Kanalisation ist nicht zulässig.

2.16 Der vom Landschaftsarchitekten Klaus Neisser, Bad Kissingen, erstellte Grünordnungsplan in der Fassung vom 08.11.1993 ist Bestandteil dieses Bebauungsplanes.

2.17 Die Geländeschnitte I - I und II - II in der Fassung vom 02.04.1992 sind Bestandteil dieses Bebauungsplans.

Der Entwurf des Bebauungsplanes wurde mit der Begründung gemäß § 3 Abs. 2 Satz 1 BauGB vom **07. JAN. 1997** bis **07. FEB. 1997** im Rathaus in Schonungen öffentlich ausgelegt.

Schonungen, den **28. APR. 1997**

1. Bürgermeister

Die Gemeinde Schonungen hat mit Beschluß des Gemeinderates vom **08. APR. 1997** den Bebauungsplan gemäß § 1o BauGB als S a t z u n g beschlossen.

Schonungen, den **28. APR. 1997**

1. Bürgermeister

Das Landratsamt Schweinfurt macht im Anzeigeverfahren eine Verletzung von Rechtsvorschriften im Sinne von § 11 Abs. 3 Satz 1 BauGB nicht geltend.
Schweinfurt, 24.07.1997
Landratsamt
I. A.
H a h n
Oberregierungsrat

Die Durchführung des Anzeigeverfahrens ist am **29. Aug. 1997** durch Amtliches Mitteilungsblatt der Gemeinde Schonungen Nr. 34 vom 29.08.1997 ortsüblich bekannt gemacht worden mit dem Hinweis darauf, daß der Bebauungsplan mit Begründung zu jedermanns Einsicht im Rathaus in Schonungen während der allgemeinen Dienststunden bereitgehalten wird. Weiter wurde darauf hingewiesen, daß über den Inhalt auf Verlangen Auskunft gegeben wird. Mit dieser Bekanntmachung ist der Bebauungsplan inkraftgetreten (§ 12 Satz 4 BauGB).

Schonungen, den **1. Sep. 1997**

1. Bürgermeister

GEMEINDE SCHONUNGEN
LANDKREIS SCHWEINFURT
1. ÄNDERUNG DES BEBAUUNGSPLANES "SÜDLICH DES FRIEDHOFES" GT. HAUSEN (mit zeichnerischer Neufassung!) M. 1:1000

OERLENBACH o3.12.1996
ÜBERARBEITET. o8.o4.1997

DER ARCHITEKT
architekt dipl.-ing. (fh)
michael pettinella + partner
97712 oerlenbach bergstraße 5
telefon 09725/625